

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **5 (1976)**

Heft 9

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

«das Konzept»-Interview mit Hansjörg Braunschweig

Unmilitärische Standpunkte

Die Sicherheitspolitik ist beliebtes Thema der Militärgazetten und willkommener Gesprächsstoff für Armeeideologen und Subversionsspezialisten, nicht zuletzt, um von der zunehmenden Kritik an der Armee abzulenken. Mit der beständigen Anprangerung der militärischen Bedrohung von aussen soll dem Volk die Hexenjagd auf die Feinde im Innern schmackhaft gemacht werden. Die in letzter Zeit beachtlich gestiegene Zahl der Prozesse gegen Armeekritiker, die, entgegen der Meinung rechtsstehender Politiker und Publizisten, die Armee in der Regel gar nicht abschaffen, sondern vielmehr demokratisch gestalten wollen, zeigt, mit welchem Argwohn das EMD gesellschaftspolitische Ent-

wicklungen verfolgt. Seien es Anhänger eines Zivildienstes, Mitglieder von Soldatenkomitees, Armeereformer oder Leute vom Schweiz, Friedensrat und andere, welche sich mit der aktuellen Sicherheitspolitik und Militärpolitik auseinandersetzen, lauten Gefahr, strafrechtlich verfolgt oder zumindest registriert und beobachtet zu werden. Hansjörg Braunschweig, der bis vor kurzem Präsident des Schweiz, Friedensrates war, und heute wegen seiner Vorstellungen über die Militärpolitik ins Schussfeld armeerfreundlicher Kreise gekommen ist, wurde von «das Konzept» zu aktuellen Militärproblemen wie Sicherheitspolitik, Kritik an Armee und Zivildienst befragt.

«das Konzept»: Herr Braunschweig, in einem Artikel, der im letzten Herbst in der Leser-Zeitung erschienen ist, befürchten Sie, dass die Bundesbehörden den Mut zum Wagnis einer gemeinsamen Aussenpolitik verloren haben und statt dessen ängstlich und verunsichert auf eine Sicherheitspolitik setzen, die Sie als Illusion ohne Zukunft betrachten. Droht die hier in unserem Land praktizierte Sicherheitspolitik Selbstzweck zu werden?

Ich möchte vorausschauend den Vorwurf der Illusion begründen. Ich glaube, dass es in den internationalen Beziehungen heute keine Sicherheit mehr gibt – vielleicht hat es sie überhaupt nie gegeben. Wenn heute unsere Militärpolitik als Sicherheitspolitik bezeichnet wird, so befürchte ich, auch heute noch, dass man damit dem Volk Sand in die Augen streut, indem man ihm eine Sicherheit, die es gar nicht gibt, vorgaukelt. Wir sollten unser Volk als ein mündiges

Art, und dass wir von daher wahrscheinlich die meisten Probleme nicht mit militärischen Mitteln, sondern mit politischen Mitteln lösen müssen. Ich glaube deshalb nicht an die Sicherheitspolitik, weil sie auf unser Land alleine beschränkt ist, im Grunde genommen nationalistisch ist. In einem Zeitpunkt, da wir spüren, dass die internationalen Beziehungen auf allen Gebieten, vor allem aber auch auf technischem und wirtschaftlichem Gebiet, sehr intensiv sind, glaube ich, dass wir unsere Probleme international lösen müssen. Da hilft die Sicherheitspolitik, wie sie zurzeit gehandhabt wird, nicht, zumindest nicht genügend.

Kürzlich wurde das Armeeleitbild «80» von EMD vorgestellt. Darin wird eine Analyse der militärischen und politischen Bedrohung gegeben, die wohl ein Faktum der Gegenwart zu sein scheint. Wie schätzt der Friedensrat die Situation unseres Landes im internationalen politischen und militärischen Spannungsfeld ein?

Das Armeeleitbild «80» ist ja im grossen und ganzen eine Fortsetzung der bisherigen bürokratischen Auffassungen über Landesverteidigung, über Sicherheitspolitik, angepasst auf einzelne vor allem technische und bevölkerungspolitische Probleme der achtziger Jahre. Die grundsätzlichen Probleme werden nicht angetastet, die bleiben im Zentrum der Bedrohung, ich bin der Meinung, dass die militärische Bedrohung in unserer Zeit im Zentrum von Europa kein zentrales Problem ist. Es gibt ganz andere Bedrohungen; ich denke an diejenigen, die sich ergeben aus wirtschaftlicher Ungerechtigkeit, beispielsweise in den industrialisierten Staaten und der dritten Welt.

Dr. Mörgeli, Informationschef im EMD, nannte Sie in einem Referat zum Thema «Subversion und Agitation in der Schweiz» anlässlich der GV des Schweiz, FHD-Verbandes einen äusserst geschickten Subversiven, der die Münchensteiner Initiative nur als Mittel betrachtet, die Schweizer Armee zu entzweien. Wie sehen Sie das?

Das eben angesprochene Initiative der Lehrer und Schüler von Münchenstein will einen Zivildienst für Militärdienstverweigerer einführen; wird dem Phänomen der Militärdienstverweigerung mit dieser Lösungsmöglichkeit beigegeben? Ist dies ein Weg zur «sozialen Landesverteidigung»?

Hier müsste ich eigentlich zwei Dinge einwenden. Zunächst zu dieser Charakterisierung von Dr. Mörgeli: sie scheint mir sehr typisch zu sein. Ich habe bestimmte Auffassungen, die anders sind als diejenigen von Dr. Mörgeli: ich verweigere den Zivildienst und gewisse politische Konsequenzen daraus zu ziehen. Ich bin der Meinung, dass sei mein gutes demokratisches Recht. Ausserdem versuche ich in Organisationen, wo ich Mitglied bin, für meine Ideen einzutreten, andere Leute zu überzeugen; ich nehme nichts anderes als meine Rechte wahr. Dass Herr Mörgeli dies als subversiv empfindet, ist Ausdruck seiner eigenen Ängstlichkeit und Unsicherheit. Dies scheint mir auch typisch für das militärische Denken zu sein. Man hat immer Angst, ist nicht gewillt in den Dialog zu treten und ist nicht bereit, eine andere Meinung zu akzeptieren, sondern es wird versucht, sie zu verteuflern, indem man sie beispielsweise als subversiv bezeichnet. Nun, die Münchensteiner Initiative ist dafür ein bezeichnendes Beispiel. Für mich spielt diese Frage auf zwei verschiedenen Ebenen. Da sind einige Menschen, die können den Militärdienst nicht mit ihrem Gewissen in Einklang bringen; für sie sucht man eine andere Lösung als diejenige des Gefängnisses, die bis heute gegolten hat oder vielmehr noch immer gilt. Ich habe zahlreiche Militärdienstverweigerer verteidigt und habe mich dafür eingesetzt, dass das Urteil so wenig schwer wie möglich ausfällt, das ist sozusagen der menschliche Aspekt. Nun gibt es noch einen politischen Aspekt, zu dem stehe ich, und das ist wahrscheinlich gerade das, was für die Militärs so schwer zu verstehen ist. Ich bin nämlich der Meinung, dass sich das Militär in unserem Land heute noch als Tabu versteht, sozusagen einen Monopolspruch stellt. Auf diesem Gebiet gibt es offenbar keine abweichende Meinung, keine Demokratie – da gilt nur die eine Meinung: als Schweizer leistet man Militärdienst.

Es ist das Verdienst der Militärdienstverweigerer, dass sie diese Monopolstellung der Militärs anfechten und dieses Tabu brechen, dies finde ich in einem

staatspolitischen Sinne ausserordentlich grossen Monopolspruch stellen, sind immer schlechter, Tabus sind immer verdächtig. Sie müssen angefochten werden, und das tun die Militärdienstverweigerer. In diesem Sinne, so finde ich, betrifft dieses Problem nicht nur die Militärdienstgegner, sondern es betrifft eigentlich uns alle.

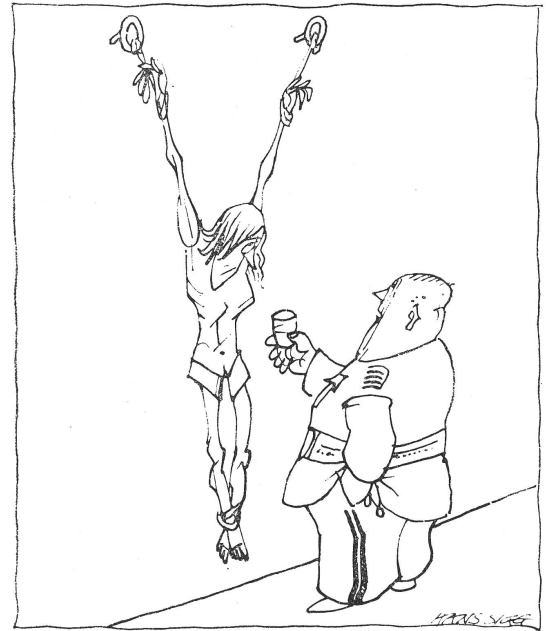
Der Bundesrat hat jetzt Stellung zu dieser Initiative bezogen. Er ist zur Auffassung gelangt, dass eine Zulassung zum Zivildienst nur dann erfolgen kann, wenn von einem gerichtlichen Gremium nachgewiesen wird, dass der Geschwelter aus religiösen und ethischen Gründen bei der Ausübung seiner militärischen Pflichten in schwere Gewissensnot kommt. Militärdienstgegner, die aus politischen Gründen den Dienst verweigern, können von dieser Lösung nach wie vor nicht profitieren. Somit wird einer ganzen Reihe von Militärdienstgegnern nur noch das Gefängnis offenstehen. Hat ein derart reduziertes Gesetzeswerk noch seinen Sinn?

Über diesen Entscheid des Bundesrates bin ich natürlich sehr enttäuscht, man kann sagen: der Berg hat eine Maus geboren. Es ist einfach, eine Lösung zu finden für jene, die aus religiösen und ethischen Gründen den Militärdienst verweigern und dabei aus schwerer Gewissensnot handeln. In der Praxis dürfte diese Lösung nur für 10

Die Militärdienstverweigerer, die heute nicht aus einer religiösen, sondern aus einer staatsbürgerlichen, ja patriotischen Not handeln, tun nichts anderes, als den Staat beim Wort nehmen: Seine militärische Anstrengung diene dem Frieden; sie verlangen für sich nichts anderes, als für ihre Auffassung von Friedensdienst beim Wort genommen zu werden. Adolf Muschg, Schriftsteller, Professor an der ETH.

bis 20% der Militärdienstverweigerer Anwendung finden, denn es ist zu befürchten, dass die Praxis sehr engzig sein wird. Ich vermute, dass die zuständige Stelle sich weiterhin auf die Kriterien, die die Militärjustiz ausgearbeitet hat, verlässt. Diese waren schon immer wesentlich engherziger als dies der Gesetzgeber vorgesehen hat. Deshalb meine pessimistische Einschätzung, dass nur etwa ein Zehntel oder bestenfalls ein Fünftel der Militärdienstgegner von dieser Lösung Gebrauch machen wollen. Zudem ist zu befürchten, dass Leute, die durchaus aus ethischen oder religiösen Gründen handeln, in Wirklichkeit zum Ausdruck bringen werden,

«Geben Sie nun endlich zu, dass Sie mit Ihrem Flugblatverteilern für die sogenannte «Demokratisierung» der Armee letztlich nur Ihre Abschaffung bezwecken?»



«Was wir im Moment dringend benötigen, verehrter Meister, ist ein neues Feindbild.»

das ihre Militärdienstverweigerung politischer Natur ist. Dies ist eine Konsequenz aus der persönlichen Entscheidung, die sie getroffen haben und die nun auch politisch verwirklicht wird. Solche Leute werden wahrscheinlich nicht in den Genuss eines Zivildienstes kommen. Sie werden also weiterhin ins Gefängnis wandern müssen.

Für sie wird es noch schlimmer sein als bisher, weil sie dadurch zu einer Minderheit gehören, die noch kleiner ist und noch weniger angesehen sein wird, als es bis heute der Fall gewesen ist. Also in bezug auf eine Demokratisierung der Gesellschaft wurde da überhaupt nichts erreicht. Vor allem ist es bedauerlich, dass der Bundesrat sich nicht zu einer grosszügigeren Lösung hat aufraffen können, weil, wie ich glaube, wir, d.h. der Schweiz, Friedensrat und auch andere Gruppen, nicht zuletzt die Sozialdemokratische Partei, dem Bundesrat vorgeschlagen haben, den Tabuweis einzuführen. Nicht eine Kommission wäre verpflichtet über das Gewissen und die Überzeugung einzelner sozusagen zu Gericht zu sitzen, was in einer Demokratie ohnehin etwas sehr fragwürdiges ist, sondern der einzelne hätte den Beweis der Überzeugung dadurch zu erbringen, dass er etwas anbietet, nämlich die Leistung eines Zivildienstes. Das wäre nach unserer Meinung ein demokratisches Mittel gewesen; das hätte auch jene, die eine höhere Ausbildung gehabt haben als andere, nicht bevorzugt – es wäre somit auch ein demokratisches Mittel gewesen.

Die nationale Koordination der Soldatenkomitees hat im März dieses Jahres eine Petition lanciert, worin die Abschaffung der Artikel 276 StGB und 98/99 MStGB, welche die gesetzliche Grundlage bieten, Armeekritiker strafrechtlich zu verfolgen, gefordert wird. Der Schweiz, Friedensrat geht hier

Art. 276 StGB (Zivilstrafrecht)

Aufforderung und Verleitung zur Verletzung militärischer Dienstpflichten.

- 1. Wer öffentlich zum Ungehorsam gegen militärische Befehle, zur Dienstverletzung, zur Dienstverweigerung oder zum Ausreissen auffordert, wer einen Dienstpflichtigen zu einer solchen Tat verleitet, wird mit Gefängnis bestraft.
2. Geht die Aufforderung auf Meuterei oder auf Vorbereitung einer Meuterei verleiht, so ist die Strafe Zuchthaus oder Gefängnis.
(Art. 98/99 MStGB [Militärstrafrecht] ist gleichlautend.)

einen Schritt weiter: er verlangt die Abschaffung der Militärjustiz. Ist dies die konsequenter Haltung in bezug auf Schritte in Richtung «Demokratisierung» in der Armee?

Ich möchte ausdrücklich sagen: das eine schliesst das andere nicht aus. Ich habe diese Petition materiell absolut unterstützt, weil ich die Artikel falsch finde, und zwar deshalb falsch finde: Hier wird mit strafrechtlichen Mitteln versucht, ein Problem zu lösen, das eben kein strafrechtliches Problem ist, sondern ein gesellschaftspolitisches, nämlich die Unsicherheit gegenüber der Armee. Anstelle der Anwendung dieser Strafrechtartikel hätte man in erstinständiger Weise den Dialog mit jenen Leuten, die gegen diese Artikel verossen haben, aufnehmen sollen. Das wäre eine Lösung gewesen, wie ich sie mir vorgestellt habe und die mir noch immer vorschwebt. Zur Frage der Militärjustiz bin ich der Meinung, dass wir mit der Abschaffung der Art. 276 StGB und 98/99 MStGB nur ein Teilproblem gelöst hätten, aber beileibe nicht das Ganze, das durch die Militärjustiz gestellt ist. Auch hier wird wieder der Versuch unternommen, politische Entwicklungen und Konflikte strafrechtlich zu erledigen. Ganz abgesehen davon, dass, wie ich glaube, dem Militär nicht das Recht zusteht, eine eigene Gerichtsbarkeit zu unterhalten. Ich glaube, dass dies auch nicht der Bundesverfassung entspricht. Viel bedenkllicher scheint mir der Umstand zu sein, dass durch die Militärjustiz die Stellung der Armee in unserem Land noch gestärkt wird. Die Armee steht in der Gefahr, Staat im Staate zu werden. Deshalb sollte man dieses Problem grundsätzlich angehen, eben in dem man die Abschaffung der Militärjustiz fordert – übrigens eineorderung, die auch von liberalen Kreisen geteilt wird. Freilich aus rechtsstaatlichen Gründen.

das Konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Antimilitärische Standpunkte

Broschüre der Internationale der Kriegsdienstgegner ist als Einführung in die verschiedenen Gebiete des Antimilitarismus gedacht. Themen wie: Armee, Zivildienst, Militärjustiz, Waffenaufluhr, Militärdienstverweigerung, Strafvollzug und Friedensforschung wurden eingehend behandelt und ergänzt durch Zahlen, Tabellen, Photos, Karikaturen und Comics. Es handelt sich bei dieser Broschüre um die erste Publikation dieser Art. Zu beziehen bei: IdK Zürich, Postfach 278, 8021 Zürich. Preis Fr. 3.-.

GKEW zum Radio-/TV-Artikel

Warum Willi R. und Mäni W. dafür sind

Am 26. September werden angeblich mündige Bürger über den neuen Radio- und Fernsehartikel zu befinden haben.

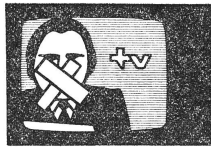
Doch die Gelegenheit der verfassungsmässigen Verankerung von Radio und Fernsehen schien günstig, auch gleichzeitig die oft unliebsamen Medien fester an den Zügel staatlicher Autorität zu binden.

GEWERKSCHAFT KULTUR ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

Mass an Vorschriften und Richtlinien über die Programmgestaltung in den Verfassungstext gepackt, und damit dies alles nicht totter Buchstabe bleibe, verpasste man den Medienschaffenden noch eine Beschwerdeinstanz als permanentes Kontrollorgan.

Wer nach dem 26. September in den Schweizer TV-Studios noch angegriffene, kritische Sendungen produziert, die den politischen Standort, aus dem sie resultieren, nicht verschweigen (und eben damit dem Zuschauer «Objektivität» vorgaukeln wollen), der hat entweder ein so dickes Fell, dass er seine journalistische Arbeit gerne auf dem Prüftisch einer künftigen Beschwerdeinstanz gegenüber einer Handvoll Altparlamentarier oder sonstwie betagter Politiker rechtfertigt und verteidigt, oder er hat seine Stelle bei Ringier schon zugesichert.

Nun könnte man ja anfügen, dass noch nicht aller Fernsehtage Abend sei



Interessen der Arbeiter nicht, wenn man davon ausgeht, dass diese von den diktierten Lebens- und Arbeitsbedingungen, von entfremdeter Arbeit und fremdbestimmter Produktion her ja ohnehin nur danach aus sind, von den Medien Unterhaltung, Ablenkung und Entspannung zu erwarten, oder aus gepoltertem Unverständnis gelegentlich einen kurzen Blick durch Fensterchen zur Welt auf internationale Krisen und Ausbeutung in fernen Ländern zu werfen.

Wer aber dieses Medienverhalten und den dahinterstehenden Kreislauf der Ohnmacht nicht durchschaut (oder nicht durchschauen will), der wird folgerichtig erwarten, dass die Medien das produzieren, was sie eh schon produziert: leicht verdauliche Unterhaltungsware, gefällige, gut geniessbare Abendkost und sauber ausgewogene, d.h. im Proport der jeweils Herrschenden vermittelte Information, die den Regierenden genügend Raum lässt, ihre Sache treuherzig in alle Stuben zu tragen.

Und je angepasster die Medienware dem produzierten Bewusstsein ihrer Empfänger, desto seriöser der betreffende Journalist. Und wie Champion Mäni Weber bei seinen geistigen Brüdern von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) zum besten gab: «Für einen seriös arbeitenden Medienschaffenden bedeutet der Radio- und Fernsehartikel überhaupt keine Einschränkung.»

Sandra Agnolli

Berichtigung des Arbus

In dem von mir verfassten Artikel «Zwangsjacke für Radio und Fernsehen», Konzept Nr. 7/8, 10. Juli 1976, ist mir ein Fehler in der Wiedergabe des zur Abstimmung kommenden Verfassungsartikels über Radio und Fernsehen unterlaufen. Deshalb sei der Verfassungstext hier nochmals vollständig wiedergegeben.

Bundesversammlungsbeschluss

Art. 36 der Bundesverfassung

Es ist eine möglichst gleichwertige Versorgung aller Landesgegenden mit Radio und Fernsehen anzustreben.

Artikel 36^{quater} BV

Die Gesetzgebung über Radio und Fernsehen ist Sache des Bundes.

Der Bund kann für die Verbreitung von Programmen Konzessionen erteilen. Er befreit mit der Schaffung und Verbreitung der Programme eine oder mehrere Institutionen des öffentlichen oder privaten Rechts, die im Rahmen der Gesetzgebung autonom sind.

Radio und Fernsehen werden für die Allgemeinheit nach den Grundsätzen eines freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaats eingerichtet und betrieben. Die Interessen der Kantone sind zu berücksichtigen.

Die Programme haben insbesondere

- a. eine objektive und ausgewogene Information sicherzustellen,
b. die Verschiedenheit der Meinungen angemessen zum Ausdruck zu bringen,
c. das Verständnis für die Anliegen der Gemeinschaft zu fördern,
d. die Eigenart der Sprachgebiete und Landesteile darzustellen,
e. die kulturelle und soziale Vielfalt zu berücksichtigen,
f. die Achtung vor der Persönlichkeit und vor der religiösen Überzeugung zu wahren.

Im übrigen möchte ich festhalten, dass ich es nicht nötig habe, etwas aus dem Verfassungstext zu unterschlagen, wie mir dies die «Wirtschaftsförderung» in ihrem Artikel im Radio- und Fernsehspiegel Nr. 33, 1976 unterstellt.

Edwin Knuchel, Zentralsekretär ARBUS

Geordnete Freiheit für Radio und Fernsehen?

Is. Dem Zentralsekretär des Arbeitnehmer-Radio- und Fernsehvereins (ARBUS) unterläuft ein Zitterfieber- und schon kann die Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft, Wirtschaftsförderung (wf), tief blicken. Und was sieht ihr Rotgenosse? Der Passus «Im Rahmen der Richtlinien ist die freiheitliche Gestaltung der Programme zu gewährleisten im Medienbereich» beeinflusst - ob die SRG beispielsweise ihr Monopol behalten wird und soll - darauf gibt der neue Radio- und Fernsehartikel keine Antwort.

der «Fehlerpassus», auf den die «wf» so hässlich ihren Finger gelegt hat, ist im Verfassungstext, über den am 26. September abgestimmt wird, nicht oder nur negativ definiert: als das, was nach den vorangehenden Einschränkungen (sprich Richtlinien) noch übrigbleibt. Wann und wie die im Verfassungstext ausgeführten Bestimmungen zur Konzessionierung die «rasante Entwicklung im Medienbereich» beeinflussen - ob die SRG beispielsweise ihr Monopol behalten wird und soll - darauf gibt der neue Radio- und Fernsehartikel keine Antwort.

PSYCHOLOGIE HEUTE: Psychologie aus erster Hand. Für Lehrer, Ärzte, Eltern, Soziologen, Theologen, Juristen, Sozialpädagogen, Wirtschaftler und die Studenten dieser Gebiete. Natürlich auch für Psychologen.

Für PSYCHOLOGIE HEUTE schreiben Wissenschaftler und erfahrene Praktiker über ihre Fachgebiete. So ersetzt PSYCHOLOGIE HEUTE das Lesen vieler Fachzeitschriften. In PSYCHOLOGIE HEUTE finden Sie kurze Forschungsnachrichten, umfassende Informationen über neue Bücher und Berichte.

Psychologische Forschung - präzis, nah, verständlich!



PSYCHOLOGIE HEUTE erscheint in enger Zusammenarbeit mit Schwesterblättern in USA, England, Frankreich, Italien und Spanien.

PSYCHOLOGIE HEUTE monatlich in Magazinformat, Umfang 80 Seiten.

Vorzugsangebot zum Kennenlernen. Ich bestelle zum Sonderpreis von Fr. 12.60 (inkl. Versandkosten) ein Probeabonnement (4 Hefen ab 1. H. Nr.) der Zeitschrift PSYCHOLOGIE HEUTE über die Buchhandlung.

Bitte beachten: Wir liefern nach Ablauf des Probeabonnements zum regulären Bezugspreis weiter, falls nach Auslieferung des dritten Hefes keine Abbestellung erfolgt. PSYCHOLOGIE HEUTE erscheint jeden Monat. Einzelheft Fr. 5.30/Jahresabonnement Fr. 45.- (inkl. Versandkosten).

SSS studentenschreib-service

Dissertationen Lic- und Sem.-Arbeiten

- vorschriftsgemässe und rasche Ausführung
- druckfertig ab Manuskript, inkl. Korrektur
- deutsch, englisch, französisch
- IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Filmband (besonders geeignet für Offset)
- 20 verschiedene Schriften
- Offsetdruck. Preisliste anfordern!

Rufe uns einfach an oder komme vorbei (3 Min. von der Uni Zürich!).

TEL. (01) 32 06 76

Universitätstr. 33, 8006 Zürich
Ab 1.10.76 neue Adresse:
Sonneggstr. 26, 8006 Zürich
Neue Tel.-Nr.: Siehe Anschläge an den Hochschulen

Ihre DISSERTATION druckt zu vernünftigen Preisen



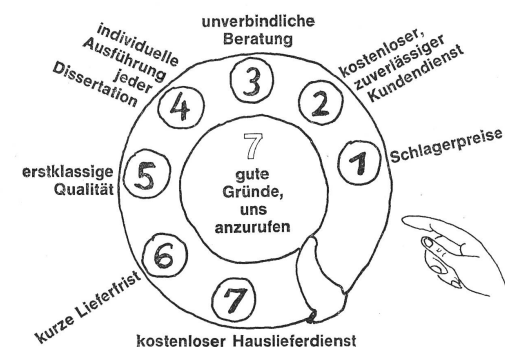
Ruedi Gysin AG - Haus der Rotgenosse
Im eisernen Zed 31, 8057 Zürich, Telefon 01/80 16 69
Hüggelstrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

Semesterarbeiten Dissertationen

tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig. R. Hager, Waldstrasse 14 8046 Zürich Tel. (01) 57 66 50

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten: Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich Telefon 01 / 27 77 27

Dissertations-Schnell-Druck



Zollinger AG Tel. 710 63 60



Natürlich...Gauloises-Typen.

«das konzept» gibt gratis eine Liste von Ärzten ab, die die Verordnung von Empfängnisverhütungspillen auch an unverheiratete Frauen oder Mädchen liberal handhaben. «das konzept» kann Ihnen auch in noch aussichtsloseren Fällen einen Tip geben. Schriftliche Anfragen an: «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Frankiertes und adressiertes Antwortcouvert bitte nicht vergessen.

PEN PAL neues magazin

für Kontakt, mit Photo und Adresse, am Kiosk erhältlich.

SSS PRINT

Eine weitere Dienstleistung des Studentenschreib-Services, aufgebaut in Zusammenarbeit mit einer erfahrenen Druckerei. DRUCK deiner DISSERTATION, LIC- oder anderer Arbeiten mit dem preisgünstigen, qualitativ hochwertigsten SYSTEMDRUCK (Offset).

Verlange unsere Preisliste oder eine individuelle Offerte.

Für Arbeiten, die Du beim Studentenschreib-Service schreiben lässt, gibt es beim Drucken einen Sonderabatt.

Tel. (01) 32 06 76 Universitätstr. 33, 8006 Zürich

Ab 1.10.76 neue Adresse: Sonneggstr. 26, 8006 Zürich Neue Tel.-Nr.: Siehe Anschläge an den Hochschulen

Kontaktinse- rate in «das konzept» sind sehr preisgünstig und erreichen ca. 40 000 kontaktfreudige junge Leser.

Table with columns: DISSERTATIONEN, bei Expl., DM pro Seite, Druck exzellent, von DIN A4-Vorlage, auf DIN A5-Format, BÖNECKE, 3392 Clausthal-Zellerfeld, Frachtabbilligung, Raster billigst!

Tages-Anzeiger

Überparteiliche schweizerische Tageszeitung

Herausgeber: Eduard K. Wehrli, Zürich
Verleger: Eduard K. Wehrli, Zürich
Redaktion: Eduard K. Wehrli, Zürich
Druck: Eduard K. Wehrli, Zürich

Abonnement: 12.50 Fr. pro Jahr
Einzelpreis: 0.40 Fr. pro Stück
Anzeigen: 1.00 Fr. pro Zeile pro Tag
Anzahl der Zeilen: 1000

Libanon: Waffenruhe nur von kurzer Dauer

Beirut/Damaskus, 11. Juni (AP). Die Hoffnungen auf ein Ende des seit 14 Monaten andauernden Bürgerkriegs im Libanon sind nach dem Tag nach der Entlassung der Arabischen Liga, eines internationalen Friedensrates, die Aufgabe von Neutralität als Voraussetzung für ein Friedenssystem und die Fortsetzung des Kampfes in Beirut wieder in vollem Gange.

Defizitäre Bundesbahn-Nebenlinien nicht aufgeben

at Bern, 11. Juni. Der Nationalrat hat am Freitag die stark defizitäre SBB-Rechnung 1970 mit 1189 Millionen annehmend. Stattdessen werden 1189 Millionen annehmend. Stattdessen werden 1189 Millionen annehmend.



Der Zürcher Nationalrat Heinrich Meier (rechts) wird bei Sparmassnahmen durch die Bundesbahn für die 1970er Jahre im Parlament diskutiert. Er ist hier von einem Kollegen begleitet.

Assad spielt hoch

Als am Freitag Kairo infamieren die Syrische Arabische Republik. Die Syrische Arabische Republik. Die Syrische Arabische Republik.

Ein grosser Schritt für Polen und Deutsche

Von unserem Korrespondenten Edmund La Roche
Bern, 11. Juni. Nach fast dreijährigen Verhandlungen hat der Bundespräsident Egon Zecher einen Bericht über die polnische Visumfrage in der Bundesversammlung.

Bama: Drei Tote bei Selbstmord

Pr. Zürich, 11. Juni. Ein schwerer Verkehrsunfall, der sich in der Nacht auf Freitag auf der Tödi-Löscherstrasse bei Bama im Kanton Oberrhein ereignete, hat drei Tote und einen Schwerverletzten gefordert.

Wieder Sonntagsschulferien?

Bundesrat Birkhofer (Schaffhausen) hat sich für die Einführung von Sonntagsschulferien ausgesprochen. Er hat sich für die Einführung von Sonntagsschulferien ausgesprochen.

Europäischer Pollenier wird neuer Leiter

Genève, 11. Juni. Die neue Leiterin des Europäischen Pollenierverbandes wird die ehemalige Leiterin des Europäischen Pollenierverbandes.

Verhandlungsziel nicht erreicht

Genève, 11. Juni. Auch die dritte Sitzung des Europäischen Pollenierverbandes hat die Verhandlungsziele nicht erreicht.

MAGAZIN
Herausgeber: Eduard K. Wehrli, Zürich
Verleger: Eduard K. Wehrli, Zürich
Redaktion: Eduard K. Wehrli, Zürich
Druck: Eduard K. Wehrli, Zürich

Wir gewährleisten nach wie vor 30% Studentenrabatt.

Coupon

Ich möchte gerne eine Zeitung kennenlernen, die mir nach wie vor einen Studentenrabatt von 30% gewährt.

Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

monatlich Fr. 6.45

vierteljährlich Fr. 18.55

halbjährlich Fr. 36.75

jährlich Fr. 72.80

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Fakultät: _____

Semester: _____

Bitte ausschneiden und senden an: Tages-Anzeiger, Vertrieb, Postfach, 8021 Zürich